



BEATE BÖHLEN

Mitglied des Landtags Baden-Württemberg

Fraktion GRÜNE

Petitionsausschussvorsitzende

Beate.boehlen@gruene.landtag-bw.de

Landtagsbüro

Konrad-Adenauer-Straße 12

70173 Stuttgart

0711 / 2063-633

Wahlkreisbüro

Industriestraße 15

76532 Baden-Baden

07221 / 9968323

Freitag, 11. August 2017

Pressemitteilung

Baden-Baden und der Landkreis Rastatt erhalten mehr Mittel für öffentlichen Personennahverkehr

***Landtagsabgeordnete Bea Böhlen und Andreas Schwarz (Grüne):
„Bus- und Bahnfahren in Baden-Baden wird attraktiver“***

Der Landkreis Rastatt und die Bäderstadt Baden-Baden bekommen ab Januar 2018 mehr Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum beim Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Zusätzlich werden ab 2021 die Mittel landesweit hierfür schrittweise um 50 Millionen Euro angehoben, wovon auch die Region profitieren wird. Darüber informierten die Landtagsabgeordnete der Grünen aus Baden-Baden und dem südlichen Landkreis Rastatt, Bea Böhlen, und der Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag, Andreas Schwarz. Grundlage dafür ist die vom Kabinett Ende Juni beschlossene ÖPNV-Finanzierungsreform.

„Die Bürgerinnen und Bürger werden von dieser Reform profitieren. Denn die Kommunen sind verpflichtet, die Mittel vollständig für das ÖPNV-Angebot und für attraktivere Tickets einzusetzen“, sagte die Landtagsabgeordnete Bea Böhlen. Konkret bedeute dies: günstigere Fahrkarten im Ausbildungsverkehr oder Verbesserungen bei Kinder- oder Sozialticket – welches Böhlen für den Stadtkreis Baden-Baden schon lange fordert – sowie höheren Fahrkomfort durch WLAN. „Neue und attraktive ÖPNV-Angebote sind wichtig für die Menschen, denn sie ermöglichen Verbindungen und Bewegungen, die es für sie im öffentlichen Verkehr bisher nicht gab“, so Böhlen. „Der Öffentliche Nahverkehr wird so nicht nur attraktiver und entlastet den Pendelverkehr in die Städte, sondern kann auch kreisübergreifend vernetzt werden. Dies ist im Falle des übergreifenden Verkehrs zwischen dem Landkreis Rastatt und dem Ortenaukreis für Schülerinnen und Schüler und die Anbindung des Nationalparks längst überfällig.“

Ebenso begrüßten die Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Baden-Badener Gemeinderat, Sabine Iding-Dihlmann, und des Kreistages, Manuel Hummel, die ÖPNV-Offensive: „Die Finanzierungsreform ist eine gute Sache, denn es fließt mehr Geld ins System, das wir hier beim Ausbau des ÖPNV dringend brauchen werden. Nur mit einem sehr guten und zuverlässigen ÖPNV werden wir auf lange Sicht ein attraktiver und zukunftsfähiger Wirtschafts- und Wohnstandort bleiben.“

Mit der Reform würden Stadt- und Landkreise, die für den ÖPNV zuständig seien, zukünftig vom Land mehr Mittel und mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. „Mit einem Pakt für den Mittelstand im ÖPNV werde gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Kommunalen Landesverbänden sichergestellt, dass mittelständische Unternehmen, insbesondere die Busunternehmen, weiterhin gute Chancen im ÖPNV-Markt haben“, erklärte Fraktionsvorsitzender Andreas Schwarz.

„Damit schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung für einen starken und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr im Land, der Baden-Württemberg zu einem Wegbereiter einer modernen und zukunftsorientierten Mobilität macht“, sagt Böhlen.

Hintergrund:

Die ÖPNV-Offensive ist im Koalitionsvertrag 2016 festgehalten. Das Leitbild für die ÖPNV-Offensive ist ein landesweit flächendeckendes, verlässliches und stabiles Grundangebot im ÖPNV - nicht nur in den Ballungsräumen, sondern für das gesamte Land. Das heißt, künftig soll es mindestens im Stundentakt von frühmorgens bis spätabends Verbindungen für alle Ortschaften im Land geben. Das Land wird für seinen Zuständigkeitsbereich, den Nahverkehr auf der Schiene (SPNV), den im „Zielkonzept 2025“ verankerten Standard schrittweise umsetzen. Daneben fördert das Land in einem speziellen Förderprogramm sogenannte Regiobusse. Regiobuslinien dienen dazu, alle Mittel- und Unterzentren ohne Schienenanschluss mit schnellen Busverbindungen im Stundentakt-Standard von 5 – 24 Uhr gleichwertig zum SPNV anzubinden.

Für den Ausbau des übrigen ÖPNV mit Bussen und Straßenbahnen sind nach dem ÖPNV-Gesetz des Landes die Landkreise und die kreisfreien Städte zuständig. Um diese Aufgabe nachhaltig erfüllen und den ÖPNV-Ausbau entschlossen vorantreiben zu können, erhalten sie ab dem Jahr 2018 vom Land hierfür die nötigen Instrumente, nämlich die Verfügung über zusätzliche Finanzmittel, die bisher vom Land direkt an die Verkehrsunternehmen gingen.

Ab 1. Januar 2018 sollen die Mittel in Höhe von 200 Millionen Euro vom Land transparent über die zuständigen Landkreise in den ÖPNV fließen. Die Grundfinanzierung des ÖPNV wird dabei unabhängig vom demografischen Wandel und damit unabhängig von einem Rückgang der Schülerzahlen gesichert. Die Mittel werden ab dem Jahr 2021 schrittweise um 50 Millionen Euro angehoben. Ab dem Jahr 2023 stehen dann jährlich 250 Millionen Euro zur Verfügung, um dem wachsenden Bedarf für die ÖPNV-Offensive Rechnung zu tragen. Das Land und die kommunalen Landesverbände haben sich darauf geeinigt, hierzu jeweils die Hälfte der Aufstockung beizutragen.

Weitere Informationen unter:

<http://vm.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/oePNV-finanzierungsreform-bringt-besseren-oeffentlichen-personennahverkehr-fuer-alle/>

